Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

November 2018	Informationsbrief	2018/3
		Seite
Editorial Pfr. Dieter K	uller	2
Kirche in schwieriger Z	eit und was die Bibel dazu s	agt Pfr. Dieter Kuller2
Wie die Kirche ihre Zul	cunft verspielt Prof. Udo S	chnelle5
Vom Wert der Familie	Bolko v. Bonin	6
		wirtschaft und Gesellschaf
Nachrichten zu den The	emen	
Kampf für ungebore	ne Kinder	10
Kirche		14
Ehe und Familie		16
Gender-Ideologie		19
Oekumene		20
Integration von Mus	limen	22
Aufgelesen		26
Veranstaltungshinweis		27
Literaturhinweise		27
In eigener Sache		28
•		20

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

"A. D.", "Anno Domini", "im Jahr des Herrn", so sagte man früher. Aus "A. D." ist "n. G." geworden: "nach Gott". So lautet der Titel des neuen Buches von Peter Sloter-dijk. Im Leben vieler Menschen kommt Gott nicht mehr vor. Die Zehn Gebote – soweit noch bekannt – werden als Zwangsjacke empfunden und abgeschafft, z. B. das 6. Gebot "Du sollst nicht ehebrechen" (2. Mose 20, 14). Um der Vollständigkeit halber wird die biblische Ehe gleich mit entsorgt und die konturlose "Ehe für alle" eingeführt. "N. G.", leben wir in der Zeit "nach Gott"? Es liegt auch an uns, wie und wo wir leben. Nicht nur die Kirche, auch wir leben in einer schwierigen Zeit, doch die Bibel bietet uns Hilfen an, aus dem "n. G." ein "m. G." = "mit Gott" zu machen. In diesen Zusammenhang gehört auch der Artikel "Vom Wert der Familie", in den die Erfahrungen aus dem Leben einer sechsköpfigen Familie mit eingeflossen sind.

Auch wenn die Welt es anders sieht, die von Gott gesetzte Ordnung der Ehe und Familie wird auch diese schwierige Zeit überstehen. In wenigen Wochen feiern wir Weihnachten, das Fest der Familie. Gott kommt zu uns in der Heiligen Familie, als Kind, nicht als Richter: "Gott kommt zu uns und lässt uns wieder hoffen. Sein großes Herz ist für uns alle offen" (EG S. 32).

In dieser Gewissheit wünsche ich allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Christfest.

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Kirche in schwieriger Zeit und was die Bibel dazu sagt

Wer die täglichen Nachrichten hört und sieht, kann sich eines Gefühls der Unsicherheit nicht erwehren. Viele Menschen haben Angst und dafür gibt es Gründe. Da ist der Klimawandel und die vergeblichen Versuche etwas zu ändern; die Kriege im nahen und fernen Osten und die dadurch verursachten Flüchtlingsströme; die Angst vor Terroranschlägen ist gegenwärtig.

"Er kam in sein Eigentum; und die Seinen nahmen ihn nicht auf" (Joh 1,11)

Auch der Zustand der Kirche kann uns Angst machen. Viele Menschen verlassen die Kirche. Ihre Botschaft, das Evangelium, scheint überholt. Es ist ja auch schon 2000 Jahre alt genau wie die Kirche und für viele passen beide nicht mehr in unsere Zeit. ,Nach Gott' so lautet der vielsagende Titel des neuesten Buches von Peter Sloterdijk. Er schreibt: "Modern ist, wer glaubt, man könne bis ins Äußerste etwas anderes tun, als sich an Gott und höhere Gewalten hinzugeben. Der moderne Mensch will die höhere Gewalt nicht erleiden, sondern sein." ... "Gott wird zu einer Hypothese, die aktive Menschen bei ihren Geschäften nicht mehr benötigen" (S. 333). Diese Beobachtung trifft zu, nur gilt sie nicht erst für unsere Zeit. "Er kam in sein Eigentum; und die Seinen nahmen ihn nicht auf" so lesen wir im Johannesevangelium von der Ankunft Jesu. "Er war in der Welt, und die Welt ist durch ihn gemacht; aber die Welt erkannte ihn nicht" schreibt der Evangelist (Joh 1,10). Schon damals erkannte die Welt ihn nicht, Jesus, den Messias, den von Gott Gesandten. Das ist im 21. Jahrhundert nicht anders als im Ersten. Wenn Jesus von der Welt nicht erkannt wird, passt auch seine Kirche nicht in diese Welt (Joh 15,19). Viele sagen, die Zeit der Kirche sei vorbei.

"Sie werden die heilsame Lehre nicht ertragen" (2. Tim 4,3)

Was sagt die Heilige Schrift über die Zukunft der Kirche? Da ist die bekannte Antwort Jesu auf das Petrusbekenntnis: "Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Gemeinde bauen, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen" (Mt 16,18). Die Kirche existiert tatsächlich noch, trotz aller Angriffe von außen und innen. Doch es sieht so aus als wären wir an einem Wendepunkt angekommen. Es ist nicht nur die Welt, die meint, Gott nicht zu benötigen. Manchmal scheint auch die Kirche ohne Gott auszukommen, wie es im Johannesevangelium heißt: "Die Seinen (!) nahmen ihn nicht auf." Landesbischof Hermann Dietzfelbinger sprach schon 1971 von der "unheimlichen geistigen und geistlichen Verwirrung und Vernebelung, in der wir heute stehen" und stellte fest: "Heute ist Gottes Wort und Gott selbst umstritten. Damals (im Kirchenkampf im Dritten Reich) konnte man sich auf das 1. Gebot und alle anderen Gebote berufen. Heute ist man in der Kirche selber den Geboten Gottes gegenüber weithin unsicher und verlegen" (Bericht v. d. Landessynode in Schweinfurt am 8.3.1971). Damals wurde dem Landesbischof Schwarzmalerei vorgeworfen. Heute wissen wir, wie recht er mit seinen warnenden Worten hatte. Das zeigt auch ein Blick in das Neue Testament, wo uns der Angriff auf die biblische Lehre vorausgesagt wird. Hier sind es besonders die sogen. 'Pastoralbriefe', die Briefe an Timotheus und Titus, die uns genau das vorhersagen, was wir derzeit erleben. Im Unterschied zu den Evangelien und den echten Paulusbriefen stammen die Pastoralbriefe aus späterer Zeit. Es ist die zweite und dritte Generation der Christen, an die diese Briefe gerichtet sind. Paulus hat zu der Zeit nicht mehr gelebt, wir kennen den oder die Verfasser nicht, aber die Briefe sind im Sinne des Apostels geschrieben. In den Gemeinden ist ein Streit um die rechte Schriftauslegung entbrannt. So lesen wir im 2. Timotheusbrief: "Es wird eine Zeit kommen, da sie die heilsame Lehre nicht ertragen werden; sondern nach ihren eigenen Gelüsten werden sie sich selbst Lehrer aufladen, nach denen ihnen die Ohren jucken und werden die Ohren von der Wahrheit abwenden und sich den Fabeln zukehren" (2. Tim 4,3f). Manches deutet darauf hin, dass die Zeit gekommen ist, die im 2. Timotheusbrief angekündigt wird: Viele wollen heute die heilsame Lehre nicht mehr ertragen.

"Auch aus eurer Mitte" (Apg 20,30)

Den Verfassern der Pastoralbriefe war bewusst, die größere Gefahr für die Gemeinde ist nicht der Angriff von außen, sondern der Streit um die rechte Schriftauslegung innerhalb der Gemeinde. Im 1. Timotheusbrief warnt der Verfasser: "Wenn jemand anders lehrt und bleibt nicht bei den heilsamen Worten unseres Herrn Jesus Christus und bei der Lehre, die dem Glauben gemäß ist, der ist aufgeblasen und weiß nichts, sondern hat die Seuche der Fragen und Wortgefechte" (1. Tim 6,3f). Es sind nicht nur die Pastoralbriefe, die auf kommende Gefahren für die Gemeinde hinweisen. In seiner Abschiedsrede vor den Ältesten in Ephesus warnte der Apostel Paulus die Gemeinde: "Auch aus eurer Mitte werden Männer aufstehen, die Verkehrtes lehren, um die Jünger an sich zu ziehen. Darum seid wachsam!" (Apg 20,30f). Sie kommen aus unserer Mitte, die "Verkehrtes lehren", Theologieprofessoren, Synodale, aber auch Bischöfe und Pfarrer, die die Heilige Schrift an vielen Stellen neu interpretieren (s. dazu Infobrief 2018/1 "War Martin Luther ein Biblizist?", 2018/2 "Hat Jesus sich geirrt?" und "Die Bibel – kein fundamentalistischer Irrweg").

Sie "wollen die Schrift meistern und verstehen selber nicht, was sie sagen oder was sie so fest behaupten" (1. Tim, 1,7). Diesen Eindruck kann man bei der Lektüre der neueren theologischen Literatur gewinnen. Dietzfelbinger zitiert in seinem Bericht aus dem Buch des jüdischen Religionssoziologen Peter Berger "Auf den Spuren der Engel": "Die Selbstvernichtung der Theologie vollzieht sich mit einem geradezu ans Komische grenzenden Enthusiasmus".

"Bewahre, was dir anvertraut ist" (1. Tim 6,20)

Die dringend notwendige Reformation, die Rückkehr zum Text der Heiligen Schrift (sola scriptura!), ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Was können wir tun? Wieder sind es die Pastoralbriefe, die uns weiterhelfen. Am Schluss des 1. Briefes wird Timotheus ermahnt: "Bewahre, was dir anvertraut ist, und meide das ungeistliche lose Geschwätz und das Gezänk der fälschlich so genannten Erkenntnis" (1. Tim 6,20). Im 2. Timotheusbrief wird diese Mahnung noch präzisiert: "Halte dich an das Vorbild der heilsamen Worte, die du von mir gehört hast, im Glauben und in der Liebe in Christus Jesus. Dieses kostbare Gut, das dir anvertraut ist, bewahre durch den heiligen Geist, der in uns wohnt" (2. Tim 1,13 u.14). Es geht um die Bewahrung der heilsamen Worte, das kostbarste Gut, das uns anvertraut ist. Jesus verbindet die Bewahrung seines Wortes mit einer Seligpreisung: "Selig sind, die das Wort Gottes hören und bewahren" (Lk 11,28).

In kirchlichen Kreisen ist z. Zt. viel vom Bewahren die Rede, allerdings ist damit nicht das Evangelium sondern die Schöpfung gemeint. "Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte" so steht es im Schöpfungsbericht (1. Mose 2,15). Was von den Schöpfungsbewahrern übersehen wird: Bewahrt werden soll nicht die Erde, sondern der Garten Eden, also das Paradies. Wir sind aber nicht mehr im Paradies. Was jetzt gilt steht auch in der Bibel: "Da wies ihn Gott der Herr aus dem Garten Eden, dass er die Erde bebaute, von der er genommen war" (1. Mose 3,23). Vom Bewahren ist keine Rede mehr. Natürlich müssen wir sorgsam mit der Natur umgehen, aber den Garten Eden, das Paradies können wir nicht bewahren, das haben wir schon lange verloren. Was wir bewahren sollen ist Gottes Wort und zwar so, wie es uns überliefert ist.

"Wie viele ihn aber aufnahmen, denen gab er Macht, Gottes Kinder zu werden, denen, die an seinen Namen glauben" (Joh 1,12)

Kommen wir noch einmal zurück zum Johannesevangelium. Die Feststellung "Er kam in sein Eigentum; und die Seinen nahmen ihn nicht auf" ist nicht das Ende. Neben denen, die Jesus ablehnen, gibt es die, die ihn aufnehmen und die werden Gottes Kinder. Was heißt aber Jesus aufnehmen? Wer nimmt Jesus auf? Es sind die, die an Ihn glauben. Wir gehen wieder auf Weihnachten zu. In wenigen Wochen hören wir die bekannte Geschichte von Maria, Josef und dem Kind in der Krippe. Die Ersten, die das Kind "aufnahmen", waren die Hirten. Sie machten sich auf den Weg zu dem Neugeborenen. "Als sie es aber gesehen hatten" schreibt der Evangelist Lukas, "breiteten sie das Wort aus, das zu ihnen von diesem Kind gesagt war" Lk 2,17). Die Hirten glaubten an seinen Namen und an seine Sendung. Jesus liegt nicht mehr im Stall von Bethlehem und wir müssen nicht mit den Hirten zur Krippe gehen, aber wir haben sein Wort, die ganze Botschaft von Jesus vom Stall bis zum Grab und zur Himmelfahrt des Auferstandenen.

Jesus Christus nimmt uns auf in der Taufe und beim Abendmahl und wir nehmen ihn auf in der Bereitschaft, sein Wort zu hören, zu bewahren und zu glauben. Mit dem bekannten Adventslied von Georg Weissel bitten wir (EG 1, V. 5):

Komm, o mein Heiland Jesu Christ, meins Herzens Tür dir offen ist. Ach zieh mit deiner Gnade ein; dein Freundlichkeit auch uns erschein. Dein Heilger Geist uns führ und leit den Weg zur ewgen Seligkeit. Dem Namen dein, o Herr, sei ewig Preis und Ehr.

D.K.

(idea) Wie die Kirche ihre Zukunft verspielt

Die evangelischen Kirchen dienen sich häufig dem Zeitgeist an und verspielen so ihre Zukunft. Diese Ansicht vertritt der Theologieprofessor Udo Schnelle in einem Beitrag für idea. Schnelle lehrte Neues Testament in Erlangen und Halle/Saale und ist Autor mehrerer theologischer Standardwerke. Ihm zufolge sieht die evangelische Kirche ihre Zukunft in der politischen Ethik und orientiert sich dabei an Ideen aus dem rot-grünen Politik-Spektrum. Eine dieser Leitideen sei der "globale Universalismus, wonach jeder für jeden und für alles in der Welt Verantwortung habe". Er führe zu einer Art "Intensiv-Ethik, die permanent fordert und sich moralisch unendlich überlegen fühlt". Ein Beispiel dafür sei die Flüchtlingsfrage. Die EKD erwecke den Eindruck, dass es eine Aufnahmepflicht ohne Grenzen gebe. Es gebe jedoch kein unbegrenztes Helfen. Grenzenlosigkeit bedeute die Außerkraftsetzung von Regeln. Ohne Begrenzung sei keine Integration möglich. Auch theologisch sei die Forderung der Grenzenlosigkeit falsch. Jesu Christi Aussagen zur Nächsten- und Feindesliebe bezögen sich auf die individuelle Alltagsethik und nicht auf globale Prozesse des 21. Jahrhunderts. Schnelle: "Zwar ist Helfen die Pflicht von Christen; aber wie und in welchem Umfang man hilft, ist eine Frage der Vernunft."

Die Bibel wird gering geschätzt

Schnelle zufolge wird in der evangelischen Kirche die Bibel nicht mehr als Wort Gottes ernst genommen. Das zeige sich etwa an der Zustimmung der evangelischen Kirche zur "Ehe für alle". Sie sei ein "krasses Beispiel politischer Willfährigkeit" und stehe im eklatanten Widerspruch zur Bibel. Für Jesus Christus entspreche nur die Ehe zwischen Mann und Frau dem Willen des Schöpfers (Markus 10,1-9). Für die evangelische Kirche sei die Bibel ein "kulturelles Traditionsrelikt", auf das man noch pflichtbewusst verweise. Ansonsten folge man aber den eigenen politischen und ethischen Vorlieben. Schnelle: "Ist die Angst vor den Vorwürfen der Diskriminierung und mangelnden Toleranz größer als die Zuversicht in die Wahrheit des Wortes Gottes?" Für viele Bischöfe sei die positive Erwähnung in den Medien der Maßstab ihres Handelns. Den Gemeindegliedern bleibe die faktische Geringschätzung der Bibel in Kirche und Theologie nicht verborgen.

Was im Dialog mit dem Islam falsch läuft

Ferner äußerte sich Schnelle zum kirchlichen Dialog mit dem Islam. Um sich nicht dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus oder der Islamophobie auszusetzen, scheine eine "theologische Abrüstung" das Gebot der Stunde zu sein. Einzelne Bischöfe und Synoden seien dabei, den biblischen Wahrheitsanspruch deutlich zu reduzieren. Er werde "entweder gar nicht mehr oder nur noch entschärft und verschämt

artikuliert". Der Gegensatz zwischen Christentum und Islam lasse sich jedoch nicht auflösen. Für Christen sei Jesus Christus der Sohn Gottes. Für den Islam sei dies eine Irrlehre. Die christliche Vorstellung des dreieinigen Gottes sei vom Islam von Anfang an bekämpft worden. Sie gelte bis heute als Ausdruck der Verfälschung des Wesens des einen allmächtigen Gottes. Der Koran bezeichne Christen in Sure 9,29-33 als Lügner, Häretiker und zu bekämpfende Polytheisten.

Der Schlüssel für die Zukunft der evangelischen Kirche

Nach Schnelles Worten verspielt die Kirche ihre Zukunft, wenn sie sich "als Moralagentur höherer Ordnung inszeniert und den Eindruck erweckt, als sei das Evangelium ein sozial-politisches Programm". Es sei falsch, wenn die Kirche "ihre eigentliche Botschaft nur noch verschämt oder gar nicht mehr verkündet: Allein der Glaube an Jesus Christus rettet den Menschen aus dem Bereich seiner Gottesferne und Sünde". Selbstbewusstsein und Identität seien der Schlüssel für die Zukunft der evangelischen Kirche. Ihre Aufgabe sei es, auf der Grundlage der Bibel treu zu ihren Glaubens- und Lebenseinsichten zu stehen. Anstatt "permanenter politischer Mahnung" müsse die theologische und seelsorgerliche Kompetenz im Mittelpunkt stehen.

Vom Wert der Familie

Die Familien erfüllen zwei Grundfunktionen:

- 1. die Weitergabe menschlichen Lebens und damit die quantitative Reproduktion
- 2. sie versorgen und erziehen den Nachwuchs grundlegend für dessen Qualität.

Das kostet Geld – viel Geld und Kraft, bedeutet Verzicht auf Materielles und Bequemlichkeit, wird aber vielfach aufgewogen durch Lebenssinn, Freude und Geborgenheit.

Martine Liminski, Mutter von zehn Kindern, antwortet in dem zusammen mit ihrem Mann Jürgen veröffentlichten Buch "Abenteuer Familie" auf die Frage nach ihrem Beruf: *ich leite ein mittelständisches Familienunternehmen*; auf die Frage, was sie in ihrem Unternehmen produziere, erwidert sie: "*Humankapital*". Gemeint sind damit charakterfeste Persönlichkeiten die bereit sind, rücksichtsvoll und solidarisch Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen.

Weil für diese grundlegenden Aufgaben ein stabiler Rahmen erforderlich ist, hat Gott die Ehe gestiftet, in der ein Mann und eine Frau lebenslang verlässlich verbunden bleiben sollen. Das versprechen sie sich auch vor dem Altar: getreu bis in den Tod in guten wie in schlechten Zeiten.

Die Bibel ist eindeutig: Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, und schuf sie als Mann und Frau. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch (1. Mose 1,27+28). Darum wird ein Mann seinen Vater und seine Mutter verlassen und seiner Frau anhangen, und sie werden sein ein Fleisch (1. Mose 2,24). Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden! (Mt 19,6). Gott schützt die Ehe durch das 6. und das 10. Gebot: Du sollst nicht ehebrechen und Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau, ... (2. Mose 20,14+17).

Warum ist eine auf Dauer angelegte Ehe als verlässlicher Rahmen so wichtig?

1. Der Aufbau und die Pflege einer dauerhaften Vertrauensbasis ist Voraussetzung für die Entwicklung der Kinder und deren Potentiale. Die lebenslange gegenseitige Verantwortung der Ehepartner stärkt die Gesellschaft strukturell, fördert die innerfamiliäre Hilfe in Notlagen und entlastet so die Sozialsysteme.

- 2. In Ehe und Familie und nur in diesem Rahmen lernt man Liebe, die weit über Verliebtsein und Sex hinausgeht. Liebe will nicht über den anderen verfügen, sondern ihn achten und ehren, wie es in der christlichen Trauformel heißt. Liebe muss erfahren werden, bewährt sich in der Treue, ermöglicht Vergebung und kann in der Familie mit der gemeinsamen Verantwortung für die Kinder weiter wachsen.
- 3. Der von Liebe geprägte familiäre Schutzraum des Förderns und altersgerechten Forderns hat große Bedeutung für das Entstehen sozialer Kompetenz. In der Familie übt man Solidarität, Teamfähigkeit, Pflichterfüllung, lernt Verantwortung zu tragen und zu verzichten. Der vertraute Rahmen hilft mit Fehlern und der liebevollen Korrektur umzugehen und lässt die heilende Wirkung des Verzeihens erfahren.
- 4. Eine von Liebe getragene familiäre Erziehung der Kinder kann von Kitas und der Schule ergänzt, aber nicht ersetzt werden. Krippen sind Notbehelf, da die in den ersten drei Lebensjahren so wichtige Entwicklung einer sicheren Bindung zur Hauptbezugsperson beeinträchtigt ist: auch bei großem Engagement wechseln die Betreuer/innen zwangsläufig wegen Urlaub, Krankheit, Kündigung oder Umzug.
- 5. Religiöse Erziehung legt das geistliche Fundament. Sie gelingt am ehesten durch Tradierung in der Familie feinfühlig und liebevoll. Die Beziehung zu Gott verleiht den Beziehungen unter Menschen eine zusätzliche Dimension der Tiefe. Mit Gott wird die Liebe ewig (Liminski).

Das Scheitern vieler Ehen spricht nicht gegen dieses Konzept, denn Scheidungen haben psychisches Leid und oft auch materielle Not bei den geschiedenen Partnern und bei den Kindern zur Folge.

In diesen Zusammenhang gehört auch die bei uns derzeit vorherrschende lockere Sexualmoral. Sex vor der Ehe wird in der Bibel nicht als Vergehen eingestuft, doch wenn ein Mann mit einer Jungfrau schläft, soll er sie heiraten (2.Mose 22,15). Man soll das sexuelle Verlangen nicht zurückdrängen, sondern ihm den geeigneten Rahmen geben (1.Kor 7,9). Immerhin 5-10% der Jugendlichen halten es so.

Psychologen haben festgestellt, dass häufiger Partnerwechsel dauerhafte Bindung sehr erschwert oder gar unmöglich macht. Das gilt nicht nur für die Beziehung der Partner, sondern auch für die zwischen Eltern und Kindern und deren Bindungsbereitschaft.

In der Untersuchung "Priorität für die Familie" (1996) stellt Prof. Dr. Heinz Lampert, 1978-2001 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium, fest: "Die Notwendigkeit der Familienpolitik ergibt sich unmittelbar daraus, dass die Familien der grundlegende Baustein der Gesellschaft, eine Voraussetzung jeglicher sozialen und politischen Kultur sind und als Kultur-, Lebens-, Erziehungs-, und Wirtschaftsgemeinschaft in einer auf andere Weise nicht erreichbaren Qualität Aufgaben wahrnehmen, an deren Erfüllung Gesellschaft und Staat ein existentielles Interesse haben müssen, weil die Erfüllung dieser Aufgaben nicht nur die Existenz der Gesellschaft sichert, sondern auch die Qualität der Gesellschaft nachhaltig beeinflußt." Der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof wies darauf hin, dass es ⇒ohne Familie keine wirksame Erziehung, ⇒ohne Erziehung keine Persönlichkeit, ⇒ohne Persönlichkeit keine Freiheit gibt. Diese Kausalkette hatte schon Lenin im Blick als er forderte: schafft die Familie ab und der Sieg ist uns sicher.

Glückliche Familien und erfolgreiche Kindererziehung fallen nicht vom Himmel, sondern müssen je nach Anlagen, Charakter und Situationen individuell gestaltet werden und mit viel Liebe und konsequentem Handeln wachsen. Das ist verantwortungsvolle Arbeit und von großer Bedeutung für die Familienmitglieder und für die Zukunft der Gesellschaft insgesamt, auch wenn es nicht immer ideal gelingt. Aber der Staat und seine Einrichtungen sind – wenn auch wichtig - kein gleichwertiger Ersatz, denn sie können die Liebe nicht ersetzen und neigen zu zeitgeistgetriebenen und ideologiebasierten Konzepten, die vielfach strittig oder interessengeleitet sind (vgl. z.B. Olaf Scholz, 2002 als Generalsekretär der SPD: Wir wollen die Lufthoheit über unseren (sic!) Kinderbetten erobern!). Aus guten Gründen legt das Grundgesetz in § 6 (2) fest, dass Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht sind. Mütter haben dabei eine spezifische Rolle, zu der sie durch Hormone und psychische Voraussetzungen besonders befähigt sind.

Familienarbeit erfordert Liebe, Führungs- und Erziehungsqualitäten, menschliche, organisatorische und handwerkliche Fähigkeiten, dazu viel Zeit und seelische Kraft. Es ist alarmierend, dass die elterliche Erziehung und Betreuung – vor allem die Würde und die Leistung der Mütter – bei uns einen so geringen Stellenwert haben (*ach*, *du arbeitest nicht?*). Schließlich geht es um das Glück und die Zukunft der Kinder – auch um die Stabilität unserer Sozialsysteme. Der Volksmund bringt die uralte Erfahrung auf den Punkt, z.B.: *Mamma ist die Beste*; oder: *Gott kann nicht überall sein, deshalb schuf er die Mütter*.

Der Druck auf Mütter zu schneller Wiederaufnahme der Berufstätigkeit nach einer Geburt ist kontraproduktiv, weil dadurch die frühkindliche Entwicklung beeinträchtigt wird mit Spätfolgen auch für die Gesellschaft insgesamt.

Die Geringschätzung von Familienarbeit hängt damit zusammen, dass sie – anders als Fremdbetreuung - unbezahlt und somit nicht bewertet ist. Sie ist es aber wert, dass sie im allgemeinen Bewusstsein und finanziell adäquat gewürdigt wird.

Bei dem Versuch Familienarbeit zu bewerten, kann man das entgangene Erwerbseinkommen zugrunde legen oder einen tätigkeitsadäquaten Lohn. Dieser ist wegen der besonderen Qualifikationen (s.o.), der Beziehungs- und Bildungsarbeit sowie der stetigen Rufbereitschaft deutlich über dem für eine Hauswirtschafterin anzusetzen, mit Zuschlägen für Spät- und Wochenenddienste sowie Arbeitgeberanteilen zu den Sozialversicherungen - letztere um die Risiken von Krankheit, Altersarmut und Pflegebedürftigkeit sowie von Arbeitslosigkeit nach der Erziehungsphase abzufedern.

Nach Tätigkeiten differenzierende Berechnungen (1988 u. 2009) kommen für einen Familienhaushalt mit mehreren Kindern preislich aktualisiert auf einen mittleren vierstelligen EURO-Betrag monatlich.

Hinzu kommen die kinderbedingten Ausgaben z.B. für Wohnung, Ausstattung, Nahrungsmittel, ggf. Gesundheitskosten, Bildung, Sport, Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Statistische Bundesamt hat diese Ausgaben bis zum 18. Lebensjahr nach Altersgruppen und Kinderzahl differenziert - im Mittel sind es je Kind 600 - 700 € monatlich - ohne Kosten für Vorsorge, Führerschein und Studium.

Eine konsistente Familienpolitik ist nicht erkennbar. Halbherzig wird versucht, die große Gerechtigkeitslücke zu verringern durch ein Flickwerk: z.B. das steuerliche

Ehegattensplitting (zweckdienlicher wäre Familiensplitting), die zuschlagsfreie Mitversicherung von Familienmitgliedern in der gesetzlichen Krankenversicherung (nicht so bei Privatversicherten), eine rudimentäre Mütterrente (ungerecht wegen Ungleichbehandlung), Kinder- Eltern- und Betreuungsgeld, steuerliche Freibeträge, Bafög.

Abgesehen davon, dass Kinderfreibeträge nicht dem Familienlastenausgleich dienen, sondern der verfassungsgerichtlich geforderten Steuergerechtigkeit, reicht das bei weitem nicht, den durch Kinder entstehenden Aufwand zu decken. Hierzu ein Zitat aus der Untersuchung von Prof. Dr. Heinz Lampert (1996): "Unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierungsanteile der Familien an den Lastenausgleichsleistungen dürften die staatlichen Leistungen im Durchschnitt keinesfalls mehr als 15% des Gesamtwertes der Versorgungs- und Betreuungsleistung betragen haben."

Es ist ungerecht, wenn die Familien kinderbedingte Lasten weitgehend alleine verkraften müssen, obwohl eine weit größere Zahl kinderloser Haushalte von den Sozialsystemen profitieren, die ohne die nachwachsenden Generationen kollabieren würden.

Kaum thematisiert werden die Vorteile für die Gesellschaft, wenn Ehepartner und Kinder als Folge gelungenen Familienlebens ihre Angehörigen pflegen und Vielen so eine teure – oft unerwünschte - Unterbringung in Heimen ersparen. 72,6% der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt und betreut (Stat. Bundesamt 2015).

In diesen Kontext gehört auch die über viele Jahre angehäufte große staatliche Schuldenlast, die von den Kinder- und Enkelgenerationen bedient und abgetragen werden muß. Der Staat sollte grundsätzlich mit dem auskommen, was er einnimmt.

Oft hört man den Einwand, dass die staatliche Unterstützung von Familienarbeit die Eltern abhalte, berufstätig zu sein und so der öffentlichen Hand Steuern und Sozialabgaben "verloren gehen" – so als ob diese a priori dem Fiskus gehörten. Wer so argumentiert, verkennt, dass Einkünfte zunächst denen gehören, die sie erarbeiten und eigenverantwortlich z.B. in die Familie investieren wollen, bevor der Fiskus einen Anteil für seine Aufgaben und für die hierzulande beträchtliche Umverteilung bekommt. In diesem Argument spiegelt sich die Geringschätzung der Mutterwürde und der Familienarbeit für die Entwicklung der Kinder und ihrer Potentiale.

Facit: Unsere Gesellschaft lebt zu Lasten der Familien und treibt Raubbau am Humankapital.

(iDAF) Bindung, Bildung und Zukunftssicherung - Was Wirtschaft und Gesellschaft zusammenhält von Manfred Kynast und Jürgen Liminski

Benedikt XVI. formulierte den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Familie so: "Die Familie ist der Kern aller Sozialordnung" (Jesus von Nazareth I, 153). Das gilt auch und gerade in der globalisierten, pluralistischen Welt. Denn Familien schaffen nicht nur einen wirtschaftlichen Mehrwert, sie erneuern ständig die Grundlagen des Gemeinwesens.

Das grundlegende Humanvermögen wird in der Familie geschaffen, die Schule kann die Familie dabei nicht ersetzen" (vgl. Christian Leipert, Hrsg, Demographie und Wohlstand, 2003). Unter Humanvermögen verstand er die grundlegenden Fähigkeiten des Menschen: Das Lernen-Können, das Miteinander-Umgehen-Können, Gefühle erkennen und einordnen können, Ausdauer haben, nach Lösungen suchen statt zu

jammern, Vertrauen schenken ohne naiv zu sein, Sprachbewußtsein, Bindungsfähigkeit, solidarisch sein, Alltagsprobleme meistern - es ist die soziale Kompetenz und die Fähigkeit emotionale Intelligenz zu steuern. Das ist weit mehr als faktisches Wissen.

Das ist doch nur eine Frage der Wertevermittlung, könnte man sagen. Und können Werte nicht auch in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft durch professionelle Erzieher den Kindern vermittelt werden? Nein. Denn die Gesellschaft ist im Vergleich zur Familie ein Kollektiv ohne Gesichter. Sie ist namenlose Sachgemeinschaft, sie erzeugt weder Liebe noch Solidarität, sie lebt aber von ihr. Als Sachgemeinschaft ist die Gesellschaft auch dem Wandel der Arbeitswelt unterworfen. Vor 40 Jahren noch, so der amerikanische Soziologe Fitzhugh Dodson, "bereiteten die Väter ihre Söhne auf ein Leben als Erwachsene vor, das dem ihren sehr ähnlich war. Unsere Kultur aber ändert sich mit solch einer Geschwindigkeit, daß dies nicht mehr möglich ist. Man weiß, daß von hundert Kindern, die heute auf einem Schulhof spielen, 50 Berufe ausüben werden, die heute noch gar nicht existieren. Die Väter können diese ihre Kinder also gar nicht auf ein Leben wie sie es führen vorbereiten. Der Wandel der Gesellschaft geht zu schnell voran." Konstant aber bleibt die persönliche Beziehung. Für sie zählt nicht, was der andere hat - Geld, Güter, Ideen -, sondern was er ist: Vater, Sohn, Mutter, Tochter, Freund - alles Menschen, Gesichter mit Namen. Für sie lebt man Solidarität.

Gemeinsinn, Toleranz, Ehrlichkeit, Treue, Hilfsbereitschaft, Solidarität, Verantwortung – alles Tugenden, wovon Gesellschaft, Staat und Wirtschaft leben. Fürsorge, Emotionen, Liebe – es geht nicht um Gefühlsduselei. Hirn-und Bindungsforschung lehren uns, dass die Emotionen nach einem Wort des Entwicklungspsychologen und Kinderarztes Stanley Greenspandie "Architekten des Gehirns" sind, dass sie das Wachstum des Gehirns beim Baby beflügeln, dass emotionale Stabilität die Bildung neuronaler Verschaltungen fördert. Wenn das Kind sich angenommen und sicher fühlt, wird es später eher in der Lage sein, diese selbsterlebte Annahme in Offenheit für das Fremde zu wandeln, es wird Empathie empfinden. Das gilt nicht nur für die Beziehung zu Personen, sondern auch zu Gegenständen, zu Verhältnissen, zur Welt. Aus Emotionen entstehen Gedanken, aus Gedanken Ideen, aus Ideen Innovationen.

Kampf für ungeborene Kinder

(idea) Papst vergleicht Abtreibung mit Euthanasie der Nationalsozialisten

Die Abtreibung eines ungeborenen Kindes wegen einer möglichen Behinderung ist Mord an einem Unschuldigen. Diese Ansicht vertrat Papst Franziskus am 16. Juni in einer Ansprache im Vatikan. Die erste Reaktion auf die Behinderung sei oft "Das machen wir weg", sagte der Papst laut der Katholischen Nachrichten-Agentur KNA: "Mord an Kindern – um ein ruhiges Leben zu bewahren, wird ein Unschuldiger plattgemacht." Dieses Verhalten sei vergleichbar mit der Euthanasie der Nationalsozialisten. "Heute machen wir dasselbe mit weißen Handschuhen", so Franziskus. Der Papst kritisierte außerdem die Verwendung eines schwammigen Begriffs von Familie. Zwar spreche man von Stern-, Baum- und Tierfamilien. "Aber es gibt nur eine Familie nach Gottes Bild, jene zwischen Mann und Frau."

(idea) **Bedford-Strohm beklagt hohe Zahl der Abtreibungen in Deutschland** Der EKD-Ratsvorsitzende, LB Heinrich Bedford-Strohm hat die hohe Zahl der Abtreibungen in Deutschland beklagt. Gleichzeitig warnte er vor einem gefühllosen Umgang

mit betroffenen Frauen. Er äußerte sich bei einem Besuch in der Zentrale der idea in Wetzlar. Menschliches Leben beginne mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle, so Bedford-Strohm. Bei einem Schwangerschaftskonflikt müsse es immer um Verständnis für die individuelle Not eines Paares oder einer Frau und um die nötige Unterstützung gehen, damit das Kind geboren werde könne. Dass mit einer Abtreibung immer Schuld verbunden sei, dürfe dabei nicht ausgeblendet werden: "Ich wünsche mir aus ethischen Gründen eine Verringerung der Schwangerschaftsabbrüche." Vorgeburtliche Bluttests an Schwangeren etwa zur Erkennung von Downsyndrom halte er für "hochproblematisch". Dadurch bestehe die Gefahr, dass behindertes Leben "ganz still" aussortiert werde. 2017 war die Zahl der Abtreibungen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 101.209 gestiegen

(idea) Lebensschutz ist in Europa in Gefahr

Der Schutz des menschlichen Lebens ist in Europa in wachsender Gefahr. Diese Ansicht äußerte der Generalsekretär des katholischen Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, Duarte da Cunha gegenüber dem Informationsdienst "Vatican News". In Ländern, in denen Abtreibungen straffrei gestellt würden, beginne auch eine Diskussion über die Legalisierung der Sterbehilfe, sagte der aus Portugal stammende Theologe. Das zeige die Erfahrung. "Sie werden sehen, es wird auch in Irland passieren", so da Cunha. Dort hatte bei einem Referendum am 25. Mai eine Mehrheit von 66,4% der Wähler für eine Lockerung des Abtreibungsverbots gestimmt. Der Anlass für seine Äußerung war eine Entscheidung des portugiesischen Parlaments. Die Abgeordneten hatten am 29. Mai nur noch mit einer knappen Mehrheit (115 zu 110 Stimmen bei vier Enthaltungen) das Vorhaben der sozialistischen Regierung abgelehnt, aktive Sterbehilfe und assistierten Selbstmord zu legalisieren. Der Abstimmung war eine heftige öffentliche Debatte vorausgegangen. In Portugal sind Abtreibungen seit 2007 in den ersten zehn Wochen der Schwangerschaft erlaubt. Von den gut zehn Millionen Portugiesen sind rund 80% Mitglied der römisch-katholischen Kirche.

(idea) Werbeverbot für Abtreibung "sehr vernünftig"

So hat der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Ralf Brauksiepe (CDU), das Werbeverbot für Abtreibungen bezeichnet. "Ich sehe derzeit keinen Bedarf für eine Gesetzesänderung", sagte der Bundestagsabgeordnete der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 12. Mai. Gemäß Paragraf 219a macht sich strafbar, wer "seines Vermögensvorteils wegen (…) Dienste zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs (…) anbietet, ankündigt oder anpreist". Die SPD will ihn ebenso wie "Die Linke", FDP und Bündnis 90/Die Grünen reformieren oder abschaffen. Die AfD ist dagegen, in der Union gibt es große Vorbehalte. Seit November wird über eine mögliche Lockerung des Werbeverbotes diskutiert. Damals hatte das Amtsgericht Gießen die Gießener Ärztin Christina Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt, weil sie auf der Internetseite ihrer Praxis über Abtreibungen informiert hatte. Dazu sagte Brauksiepe: "Wir neigen häufig dazu, aus einem Einzelfall, der uns vielleicht nicht plausibel erscheint, zu folgern, dass es eine Gesetzesänderung braucht." Das sei falsch.

Abtreibung: "Wir reden über eine Straftat"

Zudem gehe es bei Abtreibung nicht um einen normalen medizinischen Eingriff. Einerseits müssten Frauen in Konfliktsituationen gut beraten und informiert werden:

"Andererseits reden wir über eine Straftat, die unter ganz bestimmten, im Gesetz definierten Voraussetzungen straffrei bleibt." Angesichts eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen sagte der Politiker: "Ich sehe kein ungedecktes Informationsbedürfnis."

(idea) Werbung für ein Leben ohne Abtreibungen

Jugendliche (sic!) haben mit einem Marsch von München nach Salzburg für den Schutz ungeborener Kinder demonstriert. Veranstalter der Pro-Life-Tour vom 3. bis 19. August war die Organisation "Jugend für das Leben". Nach ihren Angaben beteiligten sich über 100 junge Leute. Wie die Pressesprecherin der Tour, Myroslava Mashkarynets idea sagte, war es das Ziel, für ein Leben ohne Abtreibungen zu werben. Man habe Politiker darin bestärken wollen, Familien und Frauen in einer ungeplanten Schwangerschaft zu unterstützen und echte Hilfen anzubieten, damit keine Kinder im Mutterleib getötet werden: "Wir wollen, dass Abtreibung der Vergangenheit angehört." Laut Mashkarynets stirbt "in Deutschland jedes sechste Kind und in Österreich schätzungsweise jedes vierte Kind durch Abtreibungen": "Für unsere reiche Gesellschaft ist das nicht akzeptabel." Jeder Mensch sei wunderbar und willkommen.

Segenswünsche vom Papst: "Abtreibung ist ein Verbrechen"

Papst Franziskus hatte der Aktion zum Auftakt Gottes Segen gewünscht. In einem Telegramm erklärte er: "Abtreibung ist ein Verbrechen, ein absolutes Übel." In Passau grüßte der dortige (katholische) Bischof Stefan Oster die Jugendlichen per Video. Er dankte ihnen, dass sie sich "für das Leben vom ersten Moment der Empfängnis bis zum letzten Atemzug der Menschen" einsetzten.

Bischof Abromeit: Jedes Kind kommt aus der Hand Gottes

Auch einige Vertreter der evangelischen Kirche und der Evangelikalen in Deutschland schickten den Teilnehmern schriftliche Grüße. Der Bischof des Sprengels Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit dankte den Jugendlichen dafür, dass sie sich für ein Leben engagierten, "das aus Gottes Hand kommt". Hinter jeder Abtreibung stecke "eine Geschichte der Angst, von Armut oder mangelnder Information, auch von Gewalt, von Krankheit oder von Gefühlen der Unzulänglichkeit". Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Präses Ekkehart Vetter erinnerte daran, dass Gott jeden Menschen vom Moment der Zeugung an begleite. Müttern in Not müsse tatsächlich geholfen werden, "finanziell, durch Kinderbetreuung, bei der Suche nach Tagesmüttern und bei Behördengängen". 2016 zogen Marschierer für das Lebensrecht von Innsbruck nach Bregenz, 2017 von Graz nach Wien.

(idea) "Marsch fürs Läbe" Ein Tabu brechen – über Abtreibungsfolgen reden

Unter dem Motto "Abtreibung, der Schmerz danach!" fand am 15. September in Bern auf dem Bundesplatz zum neunten Mal die Lebensrechtskundgebung "Marsch fürs Läbe" statt. Der Veranstaltung vorausgegangen waren Drohungen gegen die Veranstalter und ihre Sympathisanten. Gegner der Lebensschützer hatten dazu aufgerufen, die friedliche Versammlung auf dem Bundesplatz zu stören. Dank eines massiven Polizeiaufgebots konnte die Kundgebung mit rund 1.500 Besuchern wie geplant durchgeführt werden. Die Polizei hatte den Bundesplatz mit Gittern abgeriegelt. Nur Teilnehmern am "Marsch fürs Läbe" wurde der Zugang gewährt.

Das Leben danach

Zwei Frauen (eine davon per Video) berichteten von ihren Leiden nach einer Abtreibung. So berichtete Erika Wick, nach der Abtreibung ihres Kindes habe sie gedacht, sie könne sich für den Rest ihres Lebens nie mehr freuen. Sechs Jahre lang sei ihr Leben grauenvoll verlaufen: "Je mehr ich meine Gefühle unterdrückt, desto intensiver entwickelten sich Depressionen bis hin zu Todessehnsüchten." In einem zweijährigen Prozess habe sie schließlich Heilung und Freiheit gefunden, und zwar – wie Erika Wick sagte – durch Gottes Liebe und Annahme. Sie ermutigte Frauen und Männer, mit ihrem Leiden nicht alleine zu bleiben, sondern einen Weg der Beratung und Vergebung zu gehen. Erika Wick: "Ein neues Leben voller Hoffnung und Perspektive ist möglich."

In vertrauensvolle Beziehungen investieren

Nationalrätin Andrea Geissbühler (Schweizer Volkspartei) setzte die etwa 10.000 Abtreibungen pro Jahr in der Schweiz in den Kontext einer verantwortlich gelebten Sexualität. Liebe und Sex könnten wunderbar harmonieren. Vertrauensvolle Beziehungen würden auch die Abtreibungsraten senken. "Es kann nicht sein, dass in der heutigen aufgeklärten Zeit tausende von Babys abgetrieben werden", kritisierte Geissbühler.

Petition an den Bundesrat

Mit der am "Marsch fürs Läbe" lancierten Petition wird der Bundesrat gebeten, sich ein wissenschaftlich gestütztes Bild über die gesundheitlichen Folgen von Abtreibungen zu verschaffen. Zudem solle sich die Regierung dafür einsetzen, dass in Schule und Universität sowie in Beratungsstellen, Arztpraxen und Spitälern angemessen über die schmerzlichen Folgen von Abtreibungen informiert werde.

(div) "Marsch für das Leben" in Berlin am 22. Sept. 2018

Am diesjährigen "Marsch für das Leben" nahmen 5.300 Unterstützer teil (VJ 7.500). Er stand unter dem Motto "Menschenwürde ist unantastbar. Ja zu jedem Kind – Selektion und Abtreibung beenden". Mehr als 1.000 Gegendemonstranten des Bündnisses "What the fuck!" störten massiv, so dass zum Schutz 8 Hundertschaften der Polizei aufgeboten werden mussten. Zu diesem Bündnis gehören u.a. "Bündnis 90/Die Grünen", "Die Linke" sowie das "Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung" (Humanistischer Verband Deutschlands, Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Grüne Jugend, Jusos Berlin, AWO, Familienplanungszentrum, pro familia, Berliner Aids-Hilfe, u.A.).

Der "Marsch für das Leben fand breite Unterstützung durch die kath. Kirche: Erzbischof Heiner Koch, Weihbischof Matthias Heinrich (beide Berlin) und der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer. Grußworte übermittelte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx. Er erinnerte daran, dass Abtreibung nicht mit unserem Werte- und Rechtssystem vereinbar ist, und die Tötung ungeborener Kinder keine "normale" ärztliche Dienstleistung sei. Weitere Grußworte zum Marsch sandten der Bischof von Limburg, Georg Bätzing, der Weihbischof im Erzbistum Köln, Dominikus Schwaderlapp, der Erzbischof von Freiburg, Stephan Burger, und der Bischof von Passau, Stefan Oster.

Erstmals hat ein Bischof der evang. Kirche die Predigt beim "Marsch für das Leben" gehalten. Hans-Jürgen Abromeit stellte seine Predigt im ökumenischen Abschlussgottesdienst unter das Motto "Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz

Christi erfüllen" (Galater 6,2). In der Didache sei die Lehre der zwölf Apostel zusammengefasst. Dort heißt es unmissverständlich in Kapitel 2 Vers 2: "Du sollst nicht das Kind durch Abtreiben umbringen und das Neugeborene nicht töten."

Es sei richtig, auf die freiwillige Bejahung des von Gott geschenkten Lebens zu setzen. Nur wenn die schwangeren Frauen ermutigt und gestärkt werden, nur wenn ihnen geholfen wird, werden die Kinder in ihnen und durch sie leben. Dazu gehöre, dass die Väter die Lasten der Frauen mittragen. Wenn die Großeltern helfen können, fände manche junge Frau den Mut, ihr Kind zu behalten.

"Als Christen und als Kirchen haben wir in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten oft mit dem Mund für das Leben eingesetzt, aber nicht mit der Tat."

Das Leben von ungeborenen Kindern habe Gott geschenkt. Die ungeborenen Kinder können nicht für ihr Leben eintreten. Darum sei es so wichtig, dass wir dies tun, um die hohe Zahl von Abtreibungen zu reduzieren; in Deutschland komme auf acht Geburten eine Abtreibung.

Grußworte sandten der Landesbischof der Evang. Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July und der Landesbischof der Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens, Carsten Rentzing. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm bzw. der Rat der EKD schickten keine Grußworte – Ökumene quo vadis?

Der Bischof der Evang. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), Markus Dröge begründet die Zurückhaltung und äußerte im Vorfeld dieses Marsches Kritik in der B.Z.: "Diese Art von Demonstration hat bisher mehr polarisiert, als zu sachlichen Diskussionen anzuregen." Deshalb beteilige sich "die Evangelische Kirche" nicht daran."... "Niemand wird gezwungen oder moralisch unter Druck gesetzt." Es gebe auch Fälle, in denen bei den ärztlichen Untersuchungen in den ersten Wochen festgestellt werde, "dass das Kind behindert sein wird". Nicht alle Paare hätten dann die Kraft, sich für dieses Kind zu entscheiden. "Umso größer ist mein Respekt, wenn Eltern dann dennoch das Ja für das Leben finden. Aber wer hat das Recht zu verurteilen, wenn es ihnen nicht möglich ist, das Kind zu lieben und anzunehmen?"

Es ist vernebelnd, diese schicksalhaften Fälle als Begründung für alle Abtreibungen in Anspruch zu nehmen, denn diese betreffen nur 3,9% der 101.209 Abtreibungen in 2017. Abgesehen davon, ist das Argument nicht zu Ende gedacht: was ist, wenn z.B. der Ehepartner in fortgeschrittenem Alter nicht mehr die Kraft hat, einen schwer behinderten oder dementen Angehörigen zu pflegen; müsste man auch dann Verständnis für die Tötung des behinderten Menschen haben? vB

Kirche

(idea) 200.000 Menschen traten aus der evangelischen Kirche aus

Die evangelische Kirche schrumpft schneller als die römisch-katholische Kirche. Das geht aus den Statistiken der EKD und der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz hervor. Bei den Protestanten ging die Mitgliederzahl 2017 im Vergleich zu 2016 um 390.000 auf gut 21,5 Millionen zurück. Das entspricht einem Minus von 1,8%.

Ende 2007 hatte die evangelische Kirche noch 24,8 Millionen Mitglieder. Die Katholiken verloren 2017 rund 268.000: Ein Minus von 1,1% im Vergleich zu 2016. Sie bleiben mit 23,3 Millionen Angehörigen die größte Konfession. Insgesamt sind 54,4%

der 82,5 Millionen Einwohner in Deutschland Mitglied in einer der beiden großen Kirchen. 2005 waren es noch 62%.

Taufen (180.000) und Eintritte (25.000) blieben in der evangelischen Kirche 2017 im Vergleich zum Vorjahr weitgehend stabil. 2006 wurden in Deutschland jedoch noch 213.000 Menschen evangelisch getauft. Die Zahl der Kirchenaustritte nahm bei beiden Konfessionen leicht zu. Rund 200.000 Menschen traten 2017 nach Berechnungen auf Basis der gemeldeten vorläufigen Zahlen aus der evangelischen Kirche aus (2016: 190.000). Bei den Katholiken waren es 167.000 Austritte (2016: 162.000). Wie die EKD in einer Pressemitteilung mitteilte, ist für den Rückgang "nicht zuletzt" die hohe Zahl der Verstorbenen maßgeblich: 2017 verstarben rund 350.000 Mitglieder der evangelischen Kirche.

Laut EKD sind 2017 mehr Menschen ein- als ausgetreten

So redet die EKD die Statistik schön: "Als weitgehend stabil erwies sich die Zahl der Taufen und Aufnahmen. Damit sind auch im Jahr 2017 erneut mehr Menschen in die evangelische Kirche eingetreten als im gleichen Zeitraum Mitglieder ihre Zugehörigkeit aufgegeben haben." Fakt ist leider, dass mehr als die Hälfte des Netto-Verlustes von 390.000 ausschließlich auf Austritte zurückzuführen ist. Auf der einen Seite Taufen und Aufnahmen als "Eintritt" zusammenzählen, auf der anderen Seite die Sterbefälle unter den Tisch fallen lassen? Getauft werden fast ausschließlich Kleinkinder, die sich nicht aktiv für einen Eintritt entscheiden – so, wie sich die Verstorbenen nicht aktiv für den Austritt entschieden haben. Äpfel mit Birnen zu vergleichen, ist unredlich und der Versuch, Menschen für dumm zu verkaufen.

(ideaSpektrum) Für einen geistlichen Aufbruch in Europa

Der neu gegründete Christliche Convent Deutschland verabschiedet eine "Kirchheimer Erklärung". Einen nachhaltigen geistlichen Aufbruch in Deutschland und Europa erhofft und erbittet ein neuer Zusammenschluss von Christen: der Christliche Convent Deutschland. Das geht aus einer "Kirchheimer Erklärung" der Initiative hervor, die während des ersten Treffens vom 25. bis 27. Juni im hessischen Kirchheim verabschiedet wurde. Dort trafen sich 200 Verantwortliche aus Kirchen, Freikirchen, Gebets- und Erneuerungsbewegungen, evangelischen Gemeinschaften und Netzwerken. Wie es heißt, versteht sich der Christliche Convent Deutschland nicht als neue Organisation, sondern als Ergänzung "zu den bereits etablierten ökumenischen Strukturen". Mehr als 100 Organisationen seien in Kirchheim dabei gewesen. In der Erklärung unter dem Motto "Kommt zusammen! Sucht mich gemeinsam" heißt es unter anderem: "Wir erkennen, dass die bisherigen Gestalten von Kirche und Glauben in unserer Zeit durch neue Ausdrucksformen der Nachfolge Jesu ergänzt und vielfältig bereichert werden." Die Initiative für das Treffen ging von 40 Verantwortlichen aus, die sich 2017 zweimal getroffen hatten. Dazu gehörten unter anderen Vertreter der Deutschen Evangelischen Allianz, der Geistlichen Gemeinde-Erneuerung (GGE) in der EKD, der (katholischen) Charismatischen Erneuerung, der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD), des Forums Wiedenest, der Gebetshäuser in Augsburg und Freiburg, des Christivals und des CVJM-Gesamtverbandes, der Koalition für Evangelisation, des Deutschen EC-Verbandes sowie verschiedener Freikirchen und der katholischen Erneuerungsbewegung Schönstatt.

Folgetreffen für 2019 geplant

2019 soll es ein Folgetreffen geben. Initiatoren des Treffens waren u. a. der Koordinator des ökumenischen Netzwerks "Miteinander für Europa", der Leiter vom CVJM Esslingen, Gerhard Proß, der Vorsitzende der Geistlichen Gemeinde-Erneuerung innerhalb der Evangelischen Kirche, Pfarrer Henning Dobers und der Baptistenpastor Heinrich Christian Rust.

Ehe und Familie

(idea) "Provokant-liberale Haltung der EKD hat die Qualität zum Spalten"

Der evang. Theologe und Publizist Professor Werner Thiede hat der EKD eine "provokant-liberale Haltung" mit "Qualität zum Spalten" vorgeworfen. Mit ihrer Unterstützung der "Ehe für alle" und ähnlichen Beschlüssen könne sie "nach außen und nach innen" entzweien. Von einer "nachhaltigen Pflege des traditionsreichen Ehe-Instituts" in der EKD könne keine Rede mehr sein, sagte er bei einer Tagung des Arbeitskreises Bekennender Christen in Bayern (ABC) am 1. Juli in Nürnberg. Die Kirche komme in ethischen Fragen der Gesellschaft mit einer "Selbstsäkularisierung" entgegen. Der Rat der EKD hatte im Juli 2017 die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften durch den Bundestag offiziell begrüßt. Sie schmälere die Bedeutung der Ehe zwischen Mann und Frau "keineswegs".

Die Ehe von Mann und Frau wieder stärker in den Blick nehmen!

Der Sprecher des Arbeitskreises, Joachim Vieweger bedauerte bei der Tagung, dass durch die Debatten um homosexuelle Partner und andere Beziehungen die Bedeutung der Ehe von Mann und Frau an den Rand gedrängt worden sei. Man müsse sie in der evangelischen Kirche wieder stärker in den Blick nehmen, forderte er. Wolfram Zeidler vom Leitungskreis der "Marriage Week" (Woche der Ehepaare) bestätigte diese Beobachtung. In vielen Kirchengemeinden sei "die Ehearbeit noch nicht so etabliert, wie es wünschenswert wäre". Die Kirche sollte dazu motivieren, in Beziehungen zwischen Mann und Frau zu investieren. Die Woche der Ehepaare, die in Deutschland jeweils im Februar stattfindet, ist eine internationale Initiative zur Stärkung der Ehe in der Gesellschaft.

Scheidung entspricht nicht dem Willen Gottes

Der ABC-Vorsitzende, Dekan Till Roth warb dafür, Ehepaare auch in Krisen zu unterstützen. Eine zeitweise räumliche Trennung von Paaren in bestimmten Situationen könne er befürworten. Eine Scheidung entspreche aber nicht dem Willen Gottes.

"Nürnberger Erklärung": Bekenntnis der bayerischen Landeskirche ist verletzt Ferner stellte der Arbeitskreis auf der Tagung seine "Nürnberger Erklärung" vor. Sie ist eine Reaktion auf den im April getroffenen Beschluss der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, künftig gleichgeschlechtliche Partnern in Gottesdiensten öffentlich zu segnen. In der Erklärung heißt es, dass die Entscheidung das Bekenntnis der Kirche verletze. Eine Bekenntnisfrage lasse sich aber "nicht mit Mehrheit entscheiden, sondern nur durch einen "magnus consensus" (großer Konsens). Da es ihn in der Frage der Homo-Segnungen nicht gäbe, sei die Kirche hier gespalten.

Der Arbeitskreis empfiehlt, weiterhin in der Landeskirche zu bleiben und "in Treue für die Achtung von Schrift und Bekenntnis einzustehen". Im Arbeitskreis Bekennender

Christen haben sich Verantwortliche aus rund 20 kirchlichen Gemeinschaften, Verbänden und Werken zusammengeschlossen.

(idea) Arbeitskreis Gnadau Bayern kritisiert Beschluss der Landessynode

Kritik am Beschluss der bayerischen Landessynode vom April, die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Gottesdienst zuzulassen, hat der Arbeitskreis Gnadau Bayern in einer Stellungnahme geübt. Unterzeichner des in Puschendorf veröffentlichten Papiers sind die Vorsitzenden bzw. Leiter von neun Gemeinschafts- und Jugendverbänden, die in Bayern tätig sind. "Wir können nicht segnen, was Gott nicht segnet", heißt es. Es gebe "in der Bibel keine Stelle, die homosexuelle Beziehungen positiv bewertet". Die Ehe als eine "gute Stiftung Gottes" ordne ausschließlich Mann und Frau einander zu. "Weil die Lebensform eines Menschen immer 'mit-spricht' und 'mit-verkündigt'", könne man Menschen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft weder in den Verkündigungsdienst noch in Leitungsaufgaben berufen. Der Verband werde in seinen Gemeinden und Gemeinschaften keine Segnungen solcher Partnerschaften durchführen und Räume zur Verfügung stellen.

Gemeinden bieten ausgetretenen Kirchenmitgliedern eine geistliche Heimat

Kirchenmitglieder, die "aufgrund dieser Polarisierung" die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern verließen, werde man in den Gemeinden des Verbands eine geistliche Heimat anbieten. Dort dürften sie mitarbeiten und alle Amtshandlungen empfangen. Landeskirchlichen Gemeinschaften in Orten, in denen die Segnung einer homosexuellen Partnerschaft gelehrt oder durchgeführt wird, sollen eigenständig über ihre weitere Zusammenarbeit mit der Kirchgemeinde entscheiden. Der Stellungnahme zufolge nimmt die innerkirchliche Debatte um die Segnungen einen "unverhältnismäßig großen Raum" ein. Eine weit größere Herausforderung sehe man darin, "in einer immer stärker säkularisierten und individualisierten Welt die rettende Botschaft von Jesus Christus zu verkündigen". Der Arbeitskreis Gnadau Bayern wendet sich zugleich "mit Nachdruck" gegen Diskriminierung und Ausgrenzung homosexuell empfindender Menschen. Wie allen anderen gelte ihnen die Liebe und Zuwendung Gottes. Sie angemessen seelsorgerlich zu begleiten, sei Aufgabe der Gemeinden.

(ideaSpektrum) Warum Eltern Kinder selbst betreuen sollten

Sieben renommierte Psychotherapeuten und Neurobiologen haben sich gegen eine staatliche Förderung der Fremdbetreuung von Kindern unter drei Jahren gewandt. Sie fordern stattdessen eine Familienpolitik, die es Eltern erlaube, ihre Kleinkinder selbst zu betreuen. Das erklären die Experten in einer Stellungnahme zum "Tag des Kindes" am 1. Juni, die der Verband Familienarbeit veröffentlicht hat. Zu den sieben Unterzeichnern gehören der Psychoanalytiker und Psychiater Hans-Joachim Maaz, der Leitende Arzt der Klinik für Kinderund Jugendpsychiatrie in Bielefeld-Bethel, Rainer Böhm, und der Neurobiologe Gerald Hüther.

Was man in der Familie lernt

Sie begründen ihre Haltung unter anderem mit wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Bindungs- und Hirnforschung. Diese zeigten: "Gute Beziehung verbessert die Chancen von Erziehung. Bindung ist die wichtigste Voraussetzung für Bildung.

Die Fähigkeit für demokratisches, freiheitliches und tolerantes Verhalten wird durch die frühe Beziehungsqualität zwischen Eltern und Kind gewonnen." Nach Ansicht der

Psychotherapeuten sollten Kinderkrippen für unter Dreijährige "nur aus Not- und Ausnahmegründen vorgehalten werden mit optimalen Betreuungsmöglichkeiten durch einen hohen Personalschlüssel" (2–3 Kinder pro Betreuer). Sie fordern ferner ein Grundgehalt für Eltern für die ersten drei Jahre eines Kindes einschließlich sozialer Absicherung. Ferner solle man die Teilzeitarbeit von Eltern bei gleichzeitigem Karriereschutz erleichtern, zum Beispiel in Form von Büroarbeitsplätzen zu Hause.

Fremdbetreuung kann schaden

Der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes Familienarbeit, der Arzt Johannes Resch kritisiert zum "Tag des Kindes", dass es die Politik Eltern immer schwerer mache, die eigenen Kinder zu betreuen. Die Folgen hätten vor allem die Heranwachsenden zu tragen, "was später in erster Linie von den Psychotherapeuten bemerkt wird und behandelt werden muss". Der Verband Familienarbeit setzt sich für Wahlfreiheit ein. Eltern sollten selbst entscheiden, ob sie die Arbeit in der Familie leisten oder erwerbstätig sind, ob sie die Erziehung der Kinder delegieren oder beides miteinander vereinbaren. Dabei dürften sie wirtschaftlich nicht ins Abseits geraten. Erst durch eine Bezahlung der Familienarbeit sei die Wahlfreiheit tatsächlich gewährleistet.

(iDAF) Ehe als Stabilitätsanker / Zähe Mythen von Jürgen Liminski

Die jüngste Weltfamilienkarte (World Family Map 2017), an der Forscher aus Europa, Amerika, Afrika und Asien teilnehmen – deutsche sind nicht dabei – , zeigt anhand von Daten aus diesen Kontinenten, dass der Rückgang der Ehe deutlich Einfluss auf die Stabilität der Kinder, der jüngeren Generation und damit auch auf die gesellschaftliche Stabilität ausübt. Umgekehrt lässt sich sagen: Ehe stabilisiert, wer sie schwächt, schwächt auch die Gesellschaft. Das ist nicht neu, in Deutschland allerdings kaum verbreitet. Die Blockaden des Relativismus funktionieren, besonders in der Medienwelt. Zu diesen Blockaden gehören auch Mythenbildungen. Manche Mythen sind zäh, zum Beispiel, dass nichtverheiratete Väter genauso gut erziehen wie verheiratete. Oder dass signifikant immer mehr Väter Vollzeit zuhause blieben, oder dass die Hälfte aller Mütter die Aufgaben des Haushalts partnerschaftlich zu fifty-fifty mit den Vätern teilen wollten. Oder auch der Mythos von der "guten Scheidung", also der Trennung der Eltern ohne bedeutsame Folgen für die Kinder.

Es ist ein Unterschied, ob jemand in einem verlässlichen, auf unbegrenzte Dauer angelegten Bezugsrahmen lebt und handelt oder ob die Beziehung unter der unausgesprochenen Option der Trennung steht. Sandra Hofferth von der Universität Maryland und Kermyt Anderson von der Universität Oklahoma haben statistisch nachgewiesen, dass verheiratete Eltern in der Regel deutlich zärtlicher, emotionaler und teilnehmender mit den Kindern umgehen als nicht verheiratete. Die Weltfamilienkarte zeigt zudem, dass Kinder aus nichtehelichen Haushalten doppelt so wahrscheinlich die Trennung der Familie vor ihrem 12. Lebensjahr erleben als Kinder aus ehelichen Haushalten. Eine Studie der Universität Bowling Green State sowie der Universität von Michigan wies sogar nach, dass in den USA jedes zweite Kind von nicht verheirateten Eltern den Bruch der Familie vor seinem fünften Geburtstag erleidet. Dagegen erlebten nur 15% der Kinder von verheirateten Eltern diesen Schock.

Die Soziologen Frank Frustenberg und Andrew Cherlin führen das darauf zurück, dass verheiratete Väter Ehe und Vaterschaft als "eine einzige Sache, als ein Paket" betrachteten.

In diesem Sinn ist auch der Mythos von der "guten Scheidung", die den Kindern nichts ausmache, zu sehen. Sara McLanahan von der Universität Princeton konnte das in folgende Daten fassen: Für Mädchen geschiedener Eltern ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so groß, dass sie das Studium abbrechen, als Jugendliche schwanger werden und in Depressionen fallen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich später selber scheiden lassen, ist ebenfalls signifikant höher, was in europäischen Studien übrigens auch nachzulesen ist.

(kath.net) **Zur Definition von Ehe und Familie**

Die "Die Jungen Liberalen fordern die Aufhebung des Verbots der Polygamie." Das formuliert die Junge Liberale Schleswig-Holstein auf Facebook. "Wer mit wem und mit wie vielen sein / ihr Leben plant und teilt", sei "keine Angelegenheit, die ein weltanschaulich neutraler Staat zu regeln" habe. "Regelungen, die die Entschließungsfreiheit zum Abschluss einer Ehe oder Verantwortungsgemeinschaft schützen, sollen auch bei polygamen Konstellationen gelten." Die Jungen Liberalen stehen der FDP nahe, sind aber organisatorisch und finanziell von ihr unabhängig.

[http://www.kath.net/news/62086] GRÜNE JUGEND fordert die Einführung eines Familienvertrages, der allen Lebensentwürfen flexibel die Möglichkeit gibt, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Wir stehen für die Überwindung der Ehe. [https://gruene-jugend.de/ja-wir-wollen-die-ehe-abschaffen/]* Dasselbe Ziel haben auch die JUSOS in der Schweiz.

Gender-Ideologie

(iDAF) **Emanzipieren von unserer Natur?**

Das Wort "Gender Mainstreaming" ist den meisten Bürgern unseres Landes nicht bekannt. Es ist ihnen daher auch nicht bekannt, dass sie seit Jahren von Seiten der Regierungen, der europäischen Autoritäten und einem Teil der Medien einem Umerziehungsprogramm unterworfen sind, das bei den Insidern diesen Namen trägt. Was durch Re-Education aus den Köpfen eliminiert werden soll, ist eine jahrtausendealte Gewohnheit der Menschheit: die Gewohnheit, Männer und Frauen zu unterscheiden; die gegenseitige sexuelle Anziehungskraft beider Geschlechter, auf der die Existenz und Fortexistenz der Menschheit beruht, zu unterscheiden von allen anderen Formen der Triebbefriedigung, sie diesen gegenüber durch Institutionalisierung zu privilegieren und sie bestimmten humanisierenden Regeln zu unterwerfen. Die Umerziehung betrifft letzten Endes die Beseitigung der im Unvordenklichen gründenden schönen Gewohnheit, die wir Menschsein und menschliche Natur nennen. Emanzipieren sollen wir uns erklärtermaßen von unserer Natur. (Robert Spaemann),

(idea) Kinder dürfen Sexualität ungehindert entdecken

Jungen und Mädchen sollen in Kindertagestätten der Stadt Mainz ungehindert ihre Sexualität entdecken dürfen. Dies bestätigte die Leiterin der Kindertagesstätte Neustadtzentrum, Esther Burg, gegenüber idea. Demnach schritten Mitarbeiter bei "Doktorspielen" nicht grundsätzlich ein. Aber den Kindern würden von Anfang an

klare Regeln beigebracht: "Nein heißt nein – und es werden keine Gegenstände in Körperöffnungen gesteckt." Fachkräfte hätten ein besonderes Auge auf solche Situationen.

Laut Burg ist der offene Umgang der Kinder mit ihrer Sexualität Bestandteil einer gesunden Entwicklung "zu einem Erwachsenen, der im Leben zurechtkommt". Schließlich sei der Mensch vom ersten Tag an ein sexuelles Wesen. Daher müssten Kinder dabei unterstützt werden, die eigene Identität zu entwickeln. Das sexualpädagogische Konzept der Kindertagesstätte orientiert sich an den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen des Landes Rheinland-Pfalz. Sie gelten in allen 53 Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Mainz.

Weißes Kreuz: Gute Sexualität braucht gute Grenzen

Anderer Ansicht ist der Leiter des Evangelischen Fachverbandes für Sexualethik und Seelsorge Weißes Kreuz, Martin Leupold. Wie er idea sagte, "braucht gute Sexualität gute Grenzen". Zwar sei es eine Tatsache, dass Kinder bereits im Vorschulalter ihre Geschlechtlichkeit entdeckten, doch Grenzverletzungen in der Sexualität könnten tiefgehende Folgen haben. Leupold: "Jede Kinderbetreuung steht vor der Herausforderung, Kinder vor solchen Grenzüberschreitungen zu schützen, auch wenn sie durch andere Kinder geschehen." Welche Grenzen im Vorschulalter zu ziehen sind, sei in der Pädagogik umstritten. Einigkeit herrsche nur darüber, dass kein Kind gezwungen werden dürfe, etwas zu tun oder an sich geschehen lassen. Leupold: "Aber kleine Kinder können auf sich allein gestellt oft weder die eigenen Grenzen wahren, noch die der anderen respektieren." Deshalb brauche jede Kita ein klares Konzept, welche Grenzen sie setzt. Eltern hätten ein Recht darauf, zu wissen und zu entscheiden, wie mit ihrem Kind hinsichtlich der Sexualerziehung umgegangen werde. Sie sollten sich deshalb bei ihrer Kita nach dem sexualpädagogischen Konzept erkundigen und das Gespräch mit den Mitarbeitern suchen, wenn es Fragen oder Irritationen gebe. Ziel müsse es sein, dass Kinder ein positives Verhältnis zu ihrem Körper und ihrem Geschlecht entwickelten, "um die Sexualität später als großartige Gabe des Schöpfers wertschätzen zu können". Ein von Angst bestimmtes Verhältnis zur eigenen Sexualität könne zu Hindernissen in der ehelichen Intimität beitragen.

Oekumene

(idea) Lutheraner wollen "volle Gemeinschaft" mit römisch-katholischer Kirche Papst Franziskus hat am 4. Juni führende Vertreter der lutherischen Kirchen in Deutschland empfangen. Geleitet wurde die Delegation vom Vorsitzenden des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, Gerhard Ulrich. Er erinnerte bei dem Treffen an das gemeinsame Reformationsgedenken am 31. Oktober 2016 in Lund (Schweden). Es habe Impulse freigesetzt, "die für uns unumkehrbar sind". Ulrich: "Wir müssen entschlossen und verantwortungsvoll auf dem Weg zur vollen Gemeinschaft weitergehen, damit die Freude und Hoffnung nach 2017 nicht in Frustration und Enttäuschung umschlägt." Er sprach sich dafür aus, auch gemischt-konfessionellen Eheleuten die gemeinsame Teilnahme an der katholischen Kommunion zu ermöglichen. "Gerade konfessionsverbindende Ehepaare schmerzt es, dass sie ihr ganzes Leben miteinander teilen, aber Gottes erlösende Gegenwart im eucharistischen Mahl nicht gemeinsam erfahren können", so Ulrich. Die Initiative deutscher katholischer

Bischöfe, "pastorale Lösungen" in dieser Frage zu finden, verfolge er deshalb "aufmerksam und hoffnungsvoll".

Franziskus will Dialog "mit Geduld" führen

Papst Franziskus schloss sich laut Internetseite des Vatikans dem Wunsch Ulrichs an, den theologischen Dialog fortzusetzen. "Kein ökumenischer Dialog kann vorankommen, wenn wir stehenbleiben. Wir müssen gehen, wir müssen weitergehen: nicht mit dem Eifer, vorzupreschen, um begehrte Ziele zu erreichen, sondern mit Geduld, unter dem Blick Gottes." Einige Themen, wie die Kirche, die Eucharistie und das kirchliche Amt, verdienten eine genaue und gemeinsame Betrachtung, sagte Franziskus. "Die Ökumene verlangt auch, nicht elitär zu sein, sondern so viele Brüder und Schwestern wie möglich in den Glauben einzubinden und als Gemeinschaft von Jüngern zu wachsen, die beten, lieben und verkünden." Wichtig sei es, "unter der Führung des Heiligen Geistes im gemeinsamen Verständnis der göttlichen Offenbarung voranzukommen". Auf die Initiative der deutschen katholischen Bischöfe zum konfessionsübergreifenden Abendmahl ging Franziskus nicht ein. Neben Ulrich nahm unter anderen der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe, Karl-Hinrich Manzke an der Audienz teil. Das Deutsche Nationalkomitee vertritt die elf deutschen Mitgliedskirchen im Lutherischen Weltbund die rund 11,5 Millionen Mitglieder haben. Der LWB vereint 74 Millionen evangelische Christen in 145 Mitgliedskirchen aus 98 Ländern.

(idea) Kirchenpräsident Schad sieht Durchbruch in der Ökumene

Der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad hält die vereinbarten offiziellen Gespräche zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Protestanten in Europa für einen Durchbruch in der Ökumene. Erstmals komme es zu einem offiziellen Dialog des Vatikans mit einer Kirchengemeinschaft, in der lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen vereint seien, sagte Schad in Basel. Zuvor hatte die dort vom 13. bis 18. September tagende Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) einstimmig beschlossen, solche offiziellen Gespräche aufzunehmen. Dazu hatten der geschäftsführende Präsident der GEKE, Gottfried Locher und der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, Kardinal Kurt Koch in einem Gottesdienst im Baseler Münster eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Locher: "Es braucht eine starke und geeinte Stimme der evangelischen Kirchen in Europa – für mehr Gerechtigkeit und Frieden."

Schad: "Größere Gemeinsamkeiten als angenommen"

Schad war auf der evangelischen Seite der Leiter einer Arbeitsgruppe, die die Grundlagen für die Gespräche gelegt hat. Delegationsleiter der Katholiken war Schads katholischer Amtskollege aus Speyer, Bischof Karl-Heinz Wiesemann. Nach Schads Worten kann dieses ökumenische Gespräch mit dem "Gesamtprotestantismus" nicht hoch genug eingeschätzt werden. "Es bestehen im Blick auf das Kirchenverständnis größere Gemeinsamkeiten als bisher wahrgenommen wurden", sagte er. In seiner Rede vor der Vollversammlung sagte Schad, bisher strittige theologische Positionen verlören ihre abgrenzende Bedeutung, wenn keine Kirche für sich exklusiv beanspruche, "das Wesen der Kirche vollkommen darzustellen". Wenn zwischen dem Grund der Kirche und ihrer geschichtlichen Gestalt unterschieden werde, sei eine Einheit in Vielfalt möglich.

Schad zufolge sollen bei den Gesprächen zentrale Fragen wie etwa das gemeinsame Abendmahl angegangen werden.

(idea) Bischof Hein: Christus freut sich nicht über Abgrenzungen

Mit einem Festgottesdienst auf dem Marktplatz in Hanau hat die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck die überwundene Spaltung zwischen Lutheranern und Reformierten vor 200 Jahren gefeiert. 1818 hatten sich auf einer Hanauer Synode die lutherischen und reformierten Kirchengemeinden im Bereich des heutigen Sprengels Hanau zu einer evangelischen Kirche, der "Hanauer Union", zusammengeschlossen. Vor 1.000 Besuchern des Gottesdienstes unter dem Motto "Zusammen in Vielfalt glauben" bedauerte der kurhessen-waldeckische Bischof, Martin Hein (Kassel), dass es unter Christen Trennungen gebe: "Unsere Geschichte als Kirchen ist kein Ruhmesblatt." Zwar bekenne man sich gemeinsam zu Jesus Christus, gehe aber dennoch bis heute getrennte Weg. Hein: "Jesus Christus freut sich darüber überhaupt nicht, dass wir uns gegenseitig abgrenzen."

Neue "Hanauer Erklärung" unterzeichnet

Während des Gottesdienstes wurde eine "Hanauer Erklärung" vorgestellt, deren Unterzeichner sich zur konfessionellen Identität, zur Ökumene und zum interreligiösen und interkulturellen Gespräch verpflichten. Erstunterzeichner waren Bischof Hein, Dekan Martin Lückhoff (Hanau) und Torben W. Telder von der Wallonisch-Niederländischen Gemeinde Hanau. Unter anderem heißt es, dass eine Gemeinschaft des Glaubens nicht in sich widerspruchsfrei sein muss. Entscheidend sei vielmehr, dass sie sich im Kern auf das Evangelium in Jesus Christus beziehe. Dann sei Einheit in versöhnter Verschiedenheit möglich.

Integration von Muslimen

(idea) Die Kirchen fördern einen konservativen Islam

Die liberale muslimische Frauenrechtlerin Seyran Ates hat eine unkritische Haltung der Kirchen gegenüber einem konservativen Islam beklagt. In einem Interview mit der mitteldeutschen Kirchenzeitung "GLAUBE+HEIMAT" sagte sie, Kirchen nehmen nicht wahr, "dass hier, teilweise sogar mit ihrer Unterstützung, ein Islam Verbreitung findet, der die Einführung der Scharia will, also die religiöse Macht über die weltliche Macht stellen möchte". Als Beispiel führt Ates den Umgang mit der muslimischen Kleiderordnung an. So seien Kirchen in Bezug auf das Kopftuch "sehr schnell bereit, das mit dem Kreuz zu vergleichen und für vermeintliche Religionsfreiheit einzutreten". Laut Ates sollten aber gerade sie es "doch theologisch besser wissen" und einen solchen Vergleich nicht zulassen: "Denn das eine ist das religiöse Symbol für die gesamte christliche Gemeinschaft, das andere ist eine Kleiderordnung für die Frau, welches ein sehr konservatives Rollenverständnis ausdrückt."

Verbände in der Islamkonferenz repräsentieren nicht die Mehrheit der Muslime

Auch der CDU wirft Ates vor, einen konservativen Islam zu unterstützen: "Der Eindruck entsteht, dass eine Handvoll Männer, gemeinsam mit den Kirchen in der Islamkonferenz ausdealen, wie der Islam in Deutschland sich gestaltet." Die in der deutschen Islamkonferenz vertretenen muslimischen Verbände repräsentierten jedoch "nicht die Breite des Islams und auch nicht die Mehrheit der Muslime in Deutschland",

sondern seien teilweise "sogar nur der verlängerte Arm ausländischer Interessen". Ihr Wunsch sei darum die politische Erkenntnis, "dass der Islam sehr viel globaler ist als das, was die muslimischen Verbände ihnen seit Jahrzehnten erzählen und was die Politiker so gerne auch hören". Ates arbeitet als Rechtsanwältin. Aufgrund von Anfeindungen radikaler Muslime steht sie unter Polizeischutz.

(idea) Ist die Kirche dem Islam gegenüber zu naiv?

Die Bischöfe der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands besuchten die Islamische Gemeinde Nürnberg. Das stieß auf Kritik, weil diese vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet wird und Verbindungen zur Muslimbruderschaft haben soll. Ist die Kirche im Umgang mit dem Islam zu naiv?

PRO

Ja, die Kirche ist gegenüber dem Islam zu naiv. Ein substanzieller Dialog ist nur sinnvoll, wenn die Dialogpartner über den jeweils anderen gut unterrichtet sind. Das wird in der Kirche unzureichend geleistet und führt dann zur Auswahl der falschen Partner und inhaltlichen Fehlentscheidungen. Die Kirche zeigt oft ein defizitäres Verständnis von Islam. Sie will dem Islam mit "spiritueller Toleranz" begegnen und nimmt ihn deshalb vorwiegend in seiner religiösen Gestalt, als die große monotheistische "Weltreligion" wahr. Das ist auch richtig so, reicht aber nicht zum Verständnis aus, denn der Islam ist zugleich Religion, Kultur und Politik.

Der Islam will weltweite Dominanz

Der Islam erhebt in seiner realen und dominanten Gestalt nicht nur einen religiösen Wahrheitsanspruch, sondern zugleich einen – religiös (durch Koran und Sunna verbürgten) und politisch-ideologisch begründeten – Herrschaftsanspruch. Die Dominanz des Islams soll weltweit durchgesetzt werden, wobei die Methoden breit gefächert sind. Sie reichen von friedlicher Mission ("da'wa") bis zum militanten Dschihad. Nur wenige unabhängige Denker vertreten einen anderen, "liberalen" Islam. Vor diesem Hintergrund ist es für den "interreligiösen" Dialog unbedingt notwendig, sich über Ziele, Inhalte, Strukturen und Methoden der jeweiligen "Dialogpartner" zu unterrichten. Dazu gibt es viele öffentlich zugängliche Quellen und Experten, darunter auch die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. So ließen sich gemeinsame Auftritte (wie in Nürnberg) und partielle Kooperationen mit mutmaßlich islamistischen Vereinen vermeiden. Die stärkere Einbeziehung "liberaler" Islamvertreter wäre wünschenswert. Johannes Kandel (Berlin) ist promovierter Politikwissenschaftler. 2006 berief ihn der EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber in die Kommission zur Erarbeitung einer "Handreichung zum christlich-muslimischen Dialog".

KONTRA

In den Jahrzehnten vor den grausamen Terrorakten von Al-Kaida und den Gräueln des sogenannten "IS" waren in Deutschland Räume zur Begegnung von Christen und Muslimen entstanden. Man glaubte einander den guten Willen und selbstverständlich auch Sätze wie "Meine Religion ist eine friedliche Religion." Aus heutiger Sicht kann das naiv erscheinen. Terror und brutale Gewalt trafen unsere Welt. Sie wurden zynisch begründet mit Versen, die aus abgründigen Tiefen des Korans ins grelle Licht des Fanatismus gehoben wurden. Theologisch begründete Verurteilung der sogenannten "Schwertsuren" wurde eingeklagt. Nachvollziehbar, ja. Aber auch kränkend für viele

Muslime, die geschockt waren, was da im Namen ihrer Religion an Verbrechen geschieht.

Das innerislamische Suchen unterstützen

Mittlerweile gibt es islamische Theologen, die sich der Herausforderung stellen. Im Geist der Aufklärung arbeiten sie an einer theologisch lauteren Darstellung des Islam, die es möglich macht, aus der Mitte der eigenen Glaubensüberzeugung heraus in unserer Gesellschaft anzukommen. Dieser Weg ist nicht leicht und nicht wenige Gemeinden und Verbände tun sich schwer, sich dieser neuen Theologie zu öffnen. Wenn wir wollen, dass Frieden sein kann in unserem Land, dann sollten wir unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses innerislamische Suchen gelingt. Dazu braucht es: eine klare Position in der eigenen christlichen Glaubensüberzeugung, eine ebenso klar formulierte Erwartung im Blick auf die unverhandelbaren, tragenden Werte unserer Gesellschaft und dann mit allen reden, die sich darauf einlassen. Uns nicht auf Gespräche einzulassen, wäre naiv.

Stefan Ark Nitsche (Nürnberg) ist Regionalbischof im Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Nürnberg. Er ist zudem außerplanmäßiger Professor an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau.

(idea) Evangelische Zentralstelle kritisiert rheinisches Islam-Papier

Christen und Muslime haben keinen gemeinsamen Gottesglauben. Diese Meinung vertritt der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen – eine Einrichtung der EKD – Reinhard Hempelmann in einer Stellungnahme zum Islam-Beschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland. Deren Synode hat eine "Theologische Positionsbestimmung für die Begegnung mit Muslimen" verabschiedet. Sie enthält unter anderem die Aussage, die rheinische Kirche nehme "den Glauben muslimischer Menschen als Bindung an den einen Gott wahr". Das Papier erwecke den Eindruck, dass zwischen Christen und Muslimen "Einigkeit im gemeinsamen Glauben an Gott" bestehe. Christen glaubten aber im Unterschied zu Muslimen an den dreieinigen Gott. Sie könnten deshalb im Dialog mit Muslimen "nicht von einem gemeinsamen Gottesglauben ausgehen".

"Selbstzurücknahme ist kein überzeugender Weg"

Kritik übt Hempelmann auch an der Aussage des Papiers, die rheinische Kirche verfolge im Dialog nicht das Ziel, Muslime zur Konversion (Religionswechsel) zu bewegen. Nach seinen Worten erhebt das Christentum ebenso wie der Islam den Anspruch, die endgültige Offenbarung Gottes darzustellen. Wenn Christen darauf verzichteten, unter Muslimen zu missionieren, bedeute das eine "faktische Anerkennung des islamischen Endgültigkeitsanspruchs". Diese "Selbstzurücknahme" stelle aber "keinen überzeugenden Weg dar, um Differenzen auszuhalten und Toleranz einzuüben".

(idea) Was der Mord an einer Christin zeigt

Der Autor, Kriminalhauptkommissar Holger Clas, ist Bundesvorsitzender der Christlichen Polizeivereinigung und arbeitet beim Landeskriminalamt Hamburg.

Aufgrund der Grausamkeit sorgte dieses Tötungsdelikt nicht nur in der oberbayerischen Gemeinde Prien für großes Entsetzen: Der auf einer Bank wartende 29-jährige ausreisepflichtige Afghane, ein Moslem, stand auf und trat von hinten mit gezücktem Messer an die zum Christentum konvertierte 38-jährige Afghanin Farimah S. heran,

packte sie an den Haaren und stach 16-mal vor den Augen ihrer Kinder auf sie ein. Vergeblich versuchte ein Polizist in seiner Freizeit zusammen mit zwei Passanten, den Angreifer von der vierfachen Mutter abzudrängen. Die Zeugen sprachen von einer regelrechten Hinrichtung.

Wenn sich Muslime mit dem Täter solidarisieren

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes gab es 2017 fast 100 weitere gezielte Angriffe auf Christen. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Im Hellfeld, also dem, was der Polizei bekannt wird, stößt die deutsche Justiz teilweise an ihre Grenzen, wenn sich muslimische Zeugen und Sicherheitsdienste mit dem Täter solidarisieren. Die traurige Wahrheit ist: Es steht oft Aussage gegen Aussage, und dem Opfer bleibt häufig nur die Flucht aus dem Flüchtlingsheim. Ich habe in den letzten Jahren viele Gespräche geführt, die diese Wahrnehmung leider bestätigten.

Eine unfassbare Naivität

Zu meinem Freundeskreis gehören u. a. Menschen, die aus Ägypten, Algerien, Persien und der Türkei stammen, also aus Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist. Sie alle attestieren uns Deutschen eine unfassbare Naivität dem muslimischen Glauben gegenüber. Ein Blick in die Kultur islamischer Länder oder den Koran könnte uns die Meinungsbildung erleichtern. Die von 45 islamischen Ländern 1990 unterzeichnete "Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam" weicht von unserem Verständnis der Menschenrechte stark ab, vor allem dadurch, dass sie Rechte nur solange anerkennt, wie sie im Einklang mit dem Koran und der Scharia stehen. Der Koran ruft vielfach zu Gewalt (auch gegen Juden und Christen) und zur Tötung von "Ungläubigen" auf. Jeder nichtmuslimische Glaube gilt im Koran als schwere Sünde. Noch schwerwiegender nennt der Koran den Abfall vom Islam: "Und wenn sie sich abwenden, dann greift sie und tötet sie, wo immer ihr sie findet, und nehmt euch niemand von ihnen zum Freund oder Helfer!" (4,89). Darf es uns ernsthaft wundern, dass korangeprägte Menschen ihr Wertesystem bei der Einreise mitgebracht haben?

Wir dürfen nicht die Augen verschließen

Jesus Christus sagt uns voraus: "Haben sie mich verfolgt, so werden sie auch euch verfolgen" (Johannes 15,20). Ich bin davon überzeugt, dass wir große Schuld auf uns laden, wenn wir die Augen verschließen. Als Christen sind wir gefordert, uns klar an die Seite dieser Bedrängten zu stellen. Aber auch ihren Verfolgern sollen wir mit Barmherzigkeit begegnen und für sie beten (vgl. Matthäus 5,44).

(idea) Islamverbände behindern die Integration

Die islamischen Verbände in Deutschland leisten keinen Beitrag zur Integration von Muslimen. Sie sind verantwortlich dafür, dass in den vergangenen Jahrzehnten Parallelgesellschaften entstanden sind.

Diese Ansicht vertritt der deutsch-palästinensische Publizist und Psychologe Ahmad Mansour. Im Interview mit dem Deutschlandfunk bezeichnete er es als "Jahrhundertfehler", wenn Politiker die Verbände für die Integration von Zuwanderern in die Pflicht nehmen wollten. Die islamischen Organisationen hätten "eigentlich kein Interesse, Teil dieser Gesellschaft zu sein, sondern sie wollen ihr Islamverständnis so leben, dass sie Sachen durchsetzen wollen, die gegen unser Grundgesetz sind". Für das falsche Bild von den Islamverbänden in der Politik seien auch die Kirchen verantwortlich.

Sie "machen mit – aus Angst, die Macht zu verlieren", so Mansour. Im Namen der Religionsfreiheit unterstützten sie Vereine und Verbände, die grundgesetzwidrige Werte verträten.

Ein Fehler sei auch der Versuch, "dem Islam kirchliche Strukturen aufzuzwingen". Man werde nie "zwei islamische Kirchen haben, die im Namen dieser Religion sprechen und die Mehrheit der Muslime vertreten". Die islamischen Verbände verträten nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime. Die Politik sei gefordert, die nicht-organisierte Mehrheit für die Integration zu aktivieren. Mansour beschäftigt sich unter anderem mit Projekten gegen Radikalisierung und Antisemitismus unter Muslimen.

Aufgelesen

(idea) Verfassungsrichter-Kandidat wegen konservativer Ansichten abgelehnt

Die schleswig-holsteinische Landesregierung aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hat die Nominierung eines Juristen für das Landesverfassungsgericht zurückgezogen, weil er in einem Vortrag und einem Gutachten konservative Positionen vertreten hat. Das geht aus dem Bericht des Landtags über eine Aktuelle Stunde im Parlament am 4. Juli zu diesem Thema hervor. Demnach hatte die turnusmäßig zuständige CDU vorgeschlagen, den Hamburger Juristen Prof. Christian Winterhoff zum stellvertretenden Richter am Landesverfassungsgericht zu wählen. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag erforderlich. Anfang Juli soll die Koalition den Vorschlag zurückgezogen haben, weil Winterhoff 2016 ein Gutachten für den Verein "Echte Toleranz" erstellt habe. Darin bezeichnete er die von der damaligen rot-grünen Regierung eingeführten schwul-lesbischen Aufklärungsseminare an Schulen als verfassungswidrig. Ein weiterer Grund der Ablehnung soll ein Vortrag Winterhoffs im Mai 2017 auf dem "Symposium Sexualpädagogik der Vielfalt – Kritik einer herrschenden Lehre" des Aktionsbündnisses "Demo für Alle" in Wiesbaden gewesen sein.

Der schleswig-holsteinische Landtagsvizepräsident Rasmus Andresen (Bündnis 90/Die Grünen) sagte laut "Lübecker Nachrichten", dass Winterhoff "unter keinen Umständen mehr wählbar" sei. Wer sich um ein so herausragendes Amt im Land bewerbe, dürfe sich nicht im Vorfeld schon zum "Sprachrohr von Menschenfeinden und Rechten" gemacht haben. Martin Habersaat (SPD) sagte, Winterhoff habe sich selbst "durch die Wahl seiner Auftraggeber und die Art der Veranstaltungen, an denen er teilgenommen hat", beschädigt.

(idea) Belgien: Sterbehilfe-Fälle erneut auf 2.309 Menschen gestiegen

In Belgien steigt die Zahl der Fälle von aktiver Sterbehilfe weiter. Nach dem Zweijahres-Bericht der Föderalen Kontroll- und Evaluationskommission zur Euthanasie kamen im vergangenen Jahr 2.309 Menschen durch die Hand von Ärzten zu Tode. Das ist ein Plus von 13% im Vergleich zu 2016 mit 2.028 registrierten Fällen.

Laut dem Vorsitzenden der Kommission, Wim Distelmans (Brüssel), nehmen immer mehr ältere Menschen Sterbehilfe in Anspruch, die unter einer Summe von Krankheiten – sogenannter Poly Pathologie – leiden, also beispielsweise nicht mehr sehen und hören könnten und gleichzeitig inkontinent seien. Immer mehr Menschen wollten das nicht akzeptieren.

Der belgische Bioethiker und Philosoph Prof. Willem Lemmens (Antwerpen) warnte unlängst vor drastischen Veränderungen. Euthanasie werde mittlerweile von manchen als "Grundrecht" und der Tod als "therapeutische Lösung" bezeichnet, sagte er gegenüber dem katholischen Internetportal Crux. Kritiker des Euthanasiegesetzes würden in Belgien als unmenschlich und unmoralisch bezeichnet. In den vergangenen Jahren würden auch Anfragen nach Sterbehilfe von psychisch Erkrankten in Belgien zunehmend akzeptiert und als normal dargestellt. Damit werde Euthanasie für selbstmordgefährdete Patienten zur Option. Dabei sei das Gesetz ursprünglich für körperlich unheilbar Kranke gedacht gewesen. In Belgien ist aktive Sterbehilfe unter bestimmten Umständen seit 2002 kein Straftatbestand. Damals gab es 24 Euthanasiefälle. Nach Angaben der Euthanasie-Kontrollkommission haben von 2002 bis 2017 17.062 Personen Sterbehilfe in Anspruch genommen.

Veranstaltungshinweis

13. Münchner Regionaltagung der Studiengemeinschaft Wort-und-Wissen am Samstag, 17. Nov. 2018 von 10 bis 18 Uhr

in den Räumen der Freien Evang. Gemeinde Mozartstraße 12, 80336 München. Thema: **Mensch und Schöpfung angesichts aktueller Kontroversen** Information und Anmeldung: friedrich.abel@unibw.de oder telefonisch 089/6133000

Literaturhinweise

Sollten Sie auf der Suche nach einem Weihnachtsgeschenk sein, hier ein Vorschlag: Armin Rudi Kitzmann, Wagnis Widerstand, Evangelische Christen in München gegen den Nationalsozialismus.

Allitera Verlag, 2017, ISBN 978-3-86906-825-1, 140 S.

€ 14.90

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich** (**inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):

- € 9,95 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)
- € 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)
- € 10,95 im AboPlus (Heft und digitale Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können idea Spektrum kostenlos jetzt drei Wochen gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V. p.a. Pfr. Dieter Kuller Grünwalder Str. 103 c, 81547 München www.lgm-info.de

Wir danken den Freunden, die z.T. seit vielen Jahren mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes unterstützen und hoffen, dass dies auch weiterhin möglich sein wird.

Deutsche Post

Anrede Titel Vorname, Name Straße PLZ Ort

In eigener Sache

Wofür wir arbeiten:

Die "Lebendige Gemeinde" wendet sich an evangelische Christen, die sich nach wie vor an das biblische Zeugnis im reformatorischen Verständnis gebunden wissen.

Sie will die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation entgegenwirken.

Die "Lebendige Gemeinde" will dazu beitragen, dass Jesus Christus die alleinige Mitte der Kirche bleibt.

Sie tritt ein für:

• eine Rückbesinnung auf die biblische Heilsbotschaft von Kreuz und Auferstehung

Sie wehrt daher:

- der Reduzierung und Umdeutung der biblischen Botschaft
- einem uferlosen Pluralismus im kirchlichen Bereich
- der Vermischung von Bekenntnisaussagen mit wechselnden Ansichten moderner Zeitströmungen

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1,

IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden